

Die britischen Ordnungshüter geraten im Kulturkampf zwischen die Fronten

Eine Serie von Skandalen zeugt von rassistischen und sexistischen Entgleisungen von Polizisten

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Als Anti-Terror-Chef der Londoner Metropolitan Police hat Matt Jukes einen anspruchsvollen Job. Eine zusätzliche Last bürdete sich der hohe Polizeibeamte jüngst selber auf: Während der «Menopause Awareness Week» trug Jukes eine «Meno-Westie», welche die Wallungen simuliert, die Frauen in den Wechseljahren heimsuchen können. Die Heizkörper seien unangenehm und ablenkend gewesen, gab er später zu Protokoll, und die Wallungen hätten ihn stets zum dümmsten Zeitpunkt erwischt. Dank dieser Erfahrung will er sich nun dafür einsetzen, dass die mit den Wechseljahren verbundenen Herausforderungen am Arbeitsplatz offener thematisiert werden. Jukes' Aktion steht aus Sicht konservativer Kritiker exemplarisch für die Fehlentwicklungen innerhalb der britischen Polizei. Ein ehemaliger Hauptkommissar bezeichnete das Tragen der «Meno-Westie» als «woken Trick» und meinte, Jukes solle besser die Uniform anziehen und nachts durch die Strassen Londons patrouillieren.



Nach der Ermordung einer jungen Frau durch einen Polizisten kommt es 2021 in London zu Demonstrationen. HANNAH MCKAY / GETTY

«Anti-woke»-Ansatz effizienter?

Den Gegenpol zum Londoner Anti-Terror-Chef verkörpert Stephen Watson. Der Polizeipräsident der Region Manchester ist seit rund eineinhalb Jahren im Amt und hat die drittgrösste Polizeitruppe Englands einer organisatorischen und kulturellen Transformation unterzogen. Der Polizist von allem Schrot und Korn wird von konservativen Medien als «Anti-woke-Polizeichef» gefeiert. Watson fordert von seinen Mitarbeitern, dass sie sich auf alte Prinzipien besinnen und sich aufs Wesentliche konzentrieren: Die Beamten sind angehalten, sich zu rasieren, die Haare kurz zu schneiden oder zurückzubinden, die Uniformen zu bügeln – und sich politisch absolut neutral zu verhalten. Watson findet es unangemessen, wenn Polizeibeamte in den sozialen Netzwerken darauf hinweisen, dass Transpersonen mit dem korrekten Pronomen angesprochen werden sollten. Den homosexuellen Polizisten untersagte er die traditionelle Teilnahme an einem Gay-Pride-Umzug. Unpassend findet er es

auch, wenn Polizisten sich mit der aus den USA stammenden «Take a Knee»-Bewegung solidarisieren, die auf politischen Medien als «Anti-woke-Polizeichef» gefeiert. Watson fordert von seinen Mitarbeitern, dass sie sich auf alte Prinzipien besinnen und sich aufs Wesentliche konzentrieren: Die Beamten sind angehalten, sich zu rasieren, die Haare kurz zu schneiden oder zurückzubinden, die Uniformen zu bügeln – und sich politisch absolut neutral zu verhalten. Watson findet es unangemessen, wenn Polizeibeamte in den sozialen Netzwerken darauf hinweisen, dass Transpersonen mit dem korrekten Pronomen angesprochen werden sollten. Den homosexuellen Polizisten untersagte er die traditionelle Teilnahme an einem Gay-Pride-Umzug. Unpassend findet er es

der verhafteten und angeklagten Verdächtigen ist markant gestiegen. Der Belfastser Polizist Andy George warnt aber vor voreiligen Schlüssen. Der Präsident der britischen National Black Police Association bezweifelt im Gespräch, dass die effizientere Polizeiarbeit in Manchester eine direkte Folge des «Anti-woke»-Ansatzes des neuen Chefs sei. Effizienz sei nicht zuletzt eine Frage der Ressourcen sowie auch der Bedingungen bei den Sozialdiensten, für welche die Polizisten oft einspringen müssten. «Aber die Truppe ist nicht weniger effizient, wenn homosexuelle Polizisten an einem Nachmittag pro Jahr an einem Pride-Umzug teilnehmen.» George verweist auf das urbritische Prinzip des «policing by consent»: Laut diesem basiert die Legitimität der Polizeiarbeit

auf einer impliziten Einwilligung der Bürger. George hält es daher für angezeigt, dass die Ordnungshüter aktiv auf unterschiedliche Gesellschaftsgruppen zugehen, um dieses Vertrauen zwischen Volk und Polizei zu erneuern. Während Konservative bei der Polizei einen Hang zu übertriebener politischer Korrektheit orten, werfen Linke den Ordnungshütern pauschal Rassismus und Sexismus vor. Verschlechtert hat sich das Image in den letzten Monaten durch eine Serie von Skandalen – allen voran durch den Mord an Sarah Everard durch einen Beamten der Londoner Metropolitan Police. Der Polizist hatte die junge Frau im Frühling 2021 angehalten und eine Festnahme vorgetauscht. Anschliessend vergewaltigte und ermordete er sie in einem Wald. Die Polizei hatte

zuvor mehrere interne Hinweise auf die Gefahr durch den Täter ignoriert. Ein schlechtes Licht auf die Polizei warfen auch mehrere Chat-Gruppen, in denen Londoner oder walisische Beamte üble sexistische, homophobe und rassistische Inhalte ausgetauscht hatten. Nach dem Mord an Everard gab die britische Regierung bei der Oberhausabgeordneten Louise Casey einen Untersuchungsbericht in Auftrag. Nun kam Lady Casey zu dem Schluss, dass das polizeinterne Disziplinarsystem viel zu lasch sei. Nicht nur der Mörder von Everard fiel durch die Maschen. Gegen einen anderen Beamten wurden elf interne Beschwerden wegen sexueller Belästigung, Übergriffen und Betrug eingereicht – ohne dass er seinen Job verloren hätte.

Unter Spezialaufsicht gestellt

Insgesamt zeichnet der Bericht ein wenig vorteilhaftes Bild der Polizeikultur. Andy George von der National Black Police Association betont, es gehe dabei nicht nur um Fehlerverhalten einzelner Beamter, sondern um ein Umfeld, in dem dunkelhäutige Beamte weniger oft befördert würden und in dem rassistische und sexistische Sprüche geduldet würden. Eine unprofessionelle Machokultur herrsche auch in einer Brigade der Londoner Feuerwehr, in der Feuerwehrleute muslimischen Kollegen oder bei Inspektionen in Privathäusern die Unterwäsche von Frauen durchwühlten.

Sowohl der Chef der Londoner Feuerwehr wie auch der neue Präsident der Metropolitan Police gelobten, dem Treiben ein Ende zu setzen. Eine modernere Betriebskultur und ein Fokus auf die eigentliche Polizeiarbeit könnten ganz generell zu mehr Effizienz beitragen. Im Sommer stellte das britische Innenministerium die Metropolitan Police unter eine Spezialaufsicht. Die Aufseher befanden, die Ordnungshüter antworteten zu langsam auf Notrufe aus der Bevölkerung. Und sie orte-ten Mängel bei weiteren polizeilichen Kernkompetenzen – wie der Aufklärung von Verbrechen oder dem Schutz von besonders verletzlichen Bürgern.

«Japan war noch nie so gefährdet»

Angesichts bedrohlicher Nachbarstaaten wie China, Nordkorea und Russland müsse sich Japan von hehren Idealen verabschieden, sagt Tomohiko Taniguchi, der Berater des früheren Ministerpräsidenten Shinzo Abe, im Gespräch mit Marco Kauffmann Bossart

Wegen der gewachsenen Bedrohung prüft der Regierungschef Fumio Kishida, ob die Verteidigungsfähigkeit des Landes ausreicht. Was halten Sie davon, Herr Taniguchi? Die Antwort ist schon jetzt klar. Japans Verteidigung ist zu schwach. Trotz einer Armada von Schiffen, den neuesten Kampfjets und Spitzentechnologien: Wir sind ungenügend ausgerüstet. Es fehlt beispielsweise an Raketen – oder nur schon an Munition. Wird Japan angegriffen, könnte sich das Land wohl nur eine Woche lang behaupten.

Die Regierung hat vor, den Verteidigungshaushalt im nächsten Jahr um 11 Prozent zu erhöhen. Kommt Japan damit einen signifikanten Schritt weiter? Nein. Die Ausbaupläne wurden bereits vom Regierungschef Kishida und von seinen friedliebenden Kabinettsmitgliedern verwässert. Ursprünglich war geplant, mehr Geld für die Streitkräfte selbst bereitzustellen. Aber jetzt reden sie über das Budget der Küstenwache, Ausgaben für die Rüstungsforschung oder den Kauf von Grundstücken. Diese «bits and pieces» sind an sich nicht schlecht. Aber sie führen nicht zu einer wirklichen Stärkung der Streitkräfte. Wir brauchen ein viel robusteres Militär. Die japanische Küstenwache etwa ist eine reine Polizeieinheit, die man gemäss Gesetz nicht für militärische Zwecke einsetzen kann.

Sie reden mit sarkastischem Unterton von den «friedliebenden Mitgliedern in der japanischen Regierung». Hat die Regierung den Ernst der Lage unterschätzt? Wahrscheinlich schon – es herrschte bisweilen ein Gefühl von Selbstgefälligkeit. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges steht Japan sicherheitspolitisch im zweiten Glied. Brach in der Region ein Krieg aus, vergossen Amerikaner und Soldaten anderer Staaten Blut, Schweiss und Tränen – und nicht die Japaner. Im Koreakrieg etwa erlitt die Türkei überdurchschnittlich hohe Verluste. Auch Australien kämpfte immer auf der Seite der Vereinigten Staaten, in Vietnam, Afghanistan und anderswo. Währenddessen brüsteten die Japaner sich, eine sehr friedliebende Nation zu sein. Deshalb verschossen sie keine einzige Kugel, was ja eigentlich grossartig ist. Nur, die Zeiten haben sich geändert. Während des Kalten Krieges konnte sich Japan auf die Nordflanke konzentrieren, die Bedrohung durch die Sowjetunion. Ganz anders heute: Japan war noch nie so gefährdet. Mit Russland, Nordkorea, China sind wir von drei undemokratischen Staaten umgeben, die emsig ihre Atom- und Raketenprogramme weiterentwickeln und Japan sowie der Allianz zwischen den USA und Japan höchst feindselig gegenüberstehen.

Was muss Ihres Erachtens geschehen? Amerika sollte seine atomaren Angriffskapazitäten mit Japan teilen. Am einfachsten geschieht dies, wenn Japan den Amerikanern erlaubt, mit atombetrieb-

Rückkehr in die Wissenschaft



Der Politikwissenschaftler Tomohiko Taniguchi begann seine Karriere im Wirtschaftsjournalismus. Nach Studienaufenthalten an der Princeton University, am Shanghai Institute for International Studies und bei der Brookings Institution in Washington trat Taniguchi ins japanische Aussenministerium ein. Von 2014 bis 2020 war er Berater und Redenschreiber für Ministerpräsident Shinzo Abe. Seither hat er eine Professur inne für internationale Politik an der Keio University in Tokio. Taniguchi hat auf Einladung der Asia Society die Schweiz besucht.



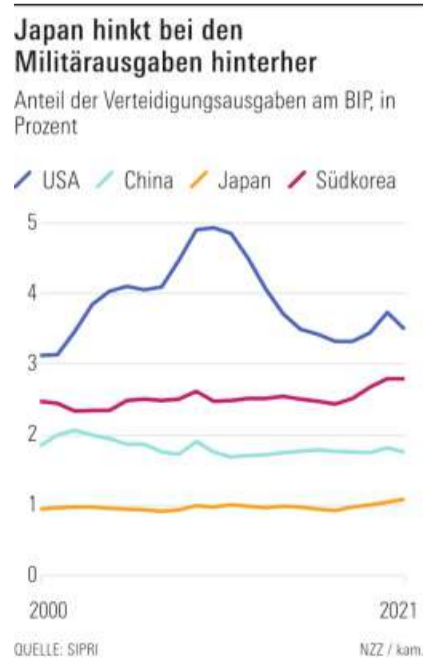
Die japanischen Selbstverteidigungskräfte bei einem Manöver in der Provinz Shizuoka. TOMOHIRO OHSUMI / GETTY

nen U-Booten seine Häfen anzulaufen. Seit den 1960er Jahren hat kein strategisches Atom-U-Boot einen japanischen Hafen besucht. Tokio hielt sich an die «drei nuklearen Nein»: Demnach darf Japan keine Nuklearwaffen herstellen, keine besitzen und keine einführen. An den ersten beiden Prinzipien muss nicht gerüttelt werden. Aber ich finde es in Ordnung, zu erlauben, dass Atom-U-Boote einen japanischen Stützpunkt benötigen oder diesen zur Heimbasis machen.

In der japanischen Bevölkerung scheint ein deutlicher Stimmungswandel stattgefunden zu haben. Eine klare Mehrheit befürwortet laut Umfragen neuerdings eine Stärkung des Militärs. Weshalb? Die Stimmung in der Öffentlichkeit hat sich massiv verändert. Ich führe das auf zwei Faktoren zurück: Der eine ist die nordkoreanische Raketenkrise. In diesem Jahr feuert das Nachbarland unablässig Langstreckenraketen und Kurzstreckenraketen zu Testzwecken ab. Und es ist allgemein bekannt, dass Nordkorea seine nuklearen Sprengköpfe verkleinert, damit sie auf die Raketen passen. Aber der wichtigste Faktor heisst China: Schiffe der Volksrepublik, sei es von der Fischereibehörde, der Küstenwache oder der Volksbefreiungsarmee, dringen praktisch täglich in japanische Territorialgewässer ein. China kratzt kontinuierlich an der territorialen Integrität Japans.

Ist für Sie auch der Moment gekommen, um Japans pazifistische Verfassung zu revidieren? Ja, das ist wirklich nötig. Gemäss der jetzigen Verfassung haben wir bloss Selbstverteidigungskräfte, aber kein Militär. Das ist krasse Augenwischerei. Wir müssen uns der Realität anpassen und sicherstellen, dass die japanischen Selbstverteidigungskräfte wie eine normale Armee eingestuft werden. Mit der geltenden Verfassung und ihrem umstrittenen Artikel neun (Es werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten;

«China kratzt kontinuierlich an der territorialen Integrität Japans.»



Anmerkung der Redaktion) ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Unsere Verfassung, aber auch die lange Friedensperiode und unsere Selbstgefälligkeit haben dazu geführt, dass Japan nicht in der Lage wäre, nach einem Angriff auf sein Territorium auf lange Distanz zu rückzuschlagen, und seien nordkoreanische Raketenabscussrampen oder das Hauptquartier der chinesischen Volksarmee in Peking zu treffen. Es ist, als würden Sie von einer Schrotflinte aus grosser Entfernung bedroht, aber können sich bloss mit einer Damenpistole wehren.

Der im Juli ermordete Ministerpräsident Shinzo Abe hat die Verfassung so interpretiert, dass sie auch «kollektive Selbstverteidigung» erlaubt. Bedeutet dies, dass Japan den Taiwanern zur Hilfe käme, sollte China die Inselrepublik überfallen? Sehen Sie, wie immer auch eine Invasion ablaufen würde: China müsste die japanischen Radar- und Aufklärungssysteme ausschalten, da diese eng mit jenen der amerikanischen Streitkräfte verbunden sind. Würde Amerika also zugunsten von Taiwan intervenieren, könnten die Chinesen nicht zwischen Japanern und Amerikanern unterscheiden. Folglich wären

Militärische Hilfe für Alliierte erlaubt

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg verpflichtete sich Japan unter amerikanischer Besatzung, internationale Konflikte nie mehr gewaltsam zu lösen und daher keine Land-, See- oder Luftstreitkräfte mit Kriegspotenzial zu unterhalten. Stattdessen wurde dem früheren Aggressor zugestimmt, sogenannte Selbstverteidigungskräfte (SDF) aufzubauen. Gleichwohl gelten die SDF heute als eine der am besten ausgebildeten Armeen Asiens. Eine Revision der pazifistischen Verfassung war trotz dem offensichtlichen Widerspruch zwischen dem Grundgesetz und der Realität ein Tabu. Allerdings setzte die liberaldemo-

kratische LDP-Regierung von Shinzo Abe 2015 eine Neuinterpretation der Verfassung durch, wonach Japan seine Alliierten militärisch unterstützen darf. Und nach dem Angriffskrieg gegen die Ukraine rückte selbst der pazifistische LDP-Koalitionspartner Komeito von seiner rigiden Friedensagenda ab und bekannte sich zu einer Stärkung von Japans Verteidigung. Der jetzige Ministerpräsident Fumio Kishida will das Verteidigungsbudget innerhalb von fünf Jahren von rund 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 2 Prozent erhöhen. Das würde dem Ziel entsprechen, das sich die Nato-Mitglieder vorgeben haben.

Zusammenbringen, was nicht zusammengehört

Die Deutschen lieben es, Parallelen zwischen Fussball und Politik zu ziehen

STEFAN OSTERHAUS, DOHA

Vielleicht ist der Gedanke zu verlockend, als dass ihm widerstanden werden könnte. Zu zwingend, um nicht miteinander zu verquicken, was doch eigentlich gar nichts miteinander zu tun hat: Fussball und Politik, die deutsche Nationalmannschaft und die Grosswetterlage im Land. Krisensymptome. Überforderung, Dekadenz, Niedergang. Auf den ersten Blick wirkt es ziemlich charmant, die Entwicklung hüben wie drüben gleichzusetzen. Nur hat eine solche Deutung spätestens auf den zweiten Blick nichts mit den tatsächlichen Geschehnissen zu tun: Sicher, das Ausscheiden der einstmals so grossen Fussballnation Deutschland korrespondiert mit den Sorgen vor einem wirtschaftlichen Abstieg der Industrienation. Doch spätestens an diesem Punkt endet die – zufälligen – Gemeinsamkeiten.

Analogien von Fussball und Politik: Das ist eine sehr deutsche Art, auf zwei gänzlich unterschiedliche Phänomene zu blicken. Im Ausland ist diese Methode der Betrachtung nahezu unbekannt. Zwar existiert die Unterscheidung des legendären argentinischen Trainers César Luis Menotti zwischen

linkem und rechtem Fussball. Der linke Fussball steht für Offensive, der rechte für Destruktion. Wirklich ernst genommen aber wurde ein solches Deutungsmuster nirgends. Mit Ausnahme von: Deutschland.

Alles begann mit Günter Netzer

Woher kommt es, dass ausgerechnet in Deutschland die Analogien zwischen Fussball und Politik geradezu leidenschaftlich gezogen werden? Verantwortlich dafür ist ein folgenschwerer Irrtum. Alles manifestiert sich in der Figur des legendären Mönchengladbacher Spielgestalters Günter Netzer. Ohne den Wahl-Zürcher Netzer hätte es nie ein Fussball-Feuilleton gegeben, das die Geschehnisse auf dem Spielfeld in einen politischen Kontext stellt, der weit über die gelegentlichen Vergleichen von Fussball und Politik hinausweist. Netzer war eine Erscheinung. Er fuhr Ferrari, hatte lange Haare, betrieb in der Mönchengladbacher Innenstadt eine Diskothek. Netzers lässiges Auftreten, das der Pose eines Pop-Stars entsprach, war zumindest für den deutschen Fussball neu. Durch ihn fanden Gesellschaftsschichten am Fussball Gefallen, die bis dahin einen grossen Bo-

gen um den einstmals proletarischen Sport gemacht hatten – Akademiker, Künstler, Intellektuelle. Zumal es ein Schlüsselerlebnis gab: 1972 bezwang die deutsche Nationalmannschaft im Londoner Wembley-Stadion England im Viertelfinal der Europameisterschaft mit 3:1. Nie zuvor hatte ein deutsches Team dort gewonnen. Netzer war der überragende Akteur auf dem Feld. Sein Auftritt war ein ästhetisches Ereignis – und er wurde entsprechend rezipiert: Karl Heinz Bohrer, massgeblicher Feuilletonist der «Frankfurter Allgemeinen», der später von London aus als Korrespondent berichtete, war am heimischen Fernseher fasziniert vom Spiel Netzers. In einem ein Jahr später erschienenen Essay analysiert ein Besuches in der Kulststätte des englischen Fussballs schrieb er: «Der aus der Tiefe des Raumes plötzlich vorstossende Netzer hatte «thrill», «Thrill», das ist das Ergebnis, das nicht erwartete Manöver; das ist die Verwandlung von Geometrie in Energie, die vor Glück wahnsinnig machende Explosion im Strafraum, «thrill», das ist die Vollstreckung schlechthin, der Anfang und das Ende.» Das machte Eindruck. Fortan galt Netzer als eine Symbolfigur des sozial-

liberalen Zeitgeistes, in dessen Kicken sich die Reformpolitik der deutschen Regierung um Willy Brandt spiegelte. Das Problem war nur: Netzer war ein vollkommen unpolitischer Mensch. Und Bohrer hatte sich dem Phänomen aus rein ästhetischer Perspektive genähert. An Politik, so sagte der im letzten Jahr verstorbene Bohrer einst im Gespräch mit der «TAZ», habe er beim Anblick der Person Netzers gar nicht gedacht. Zwar sei ihm der Gedanke, Netzer als «links» zu begreifen, nicht unsympathisch gewesen, nur draufgekommen war er nicht.

Amüsantes Gesellschaftsspiel

Ein Missverständnis also. Andere Autoren allerdings kümmerte es nicht, dass Bohrer etwas ganz anderes im Sinn gehabt hatte. Unfreiwillig war somit der Deutungsrahmen vorgefertigt worden, in dem der Fussball nun in einen weit aus grösseren Kontext gestellt werden konnte. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. 1987 veröffentlichte ein äusserst amüsantes Gesellschaftsspiel für Sport- und Politikinteressierte. Denn wer die Dinge zusammenbringen will, dem wird dies gelingen. Auch wenn er dafür die Kneifzange braucht.

Autor die Parallelisierung der Ereignisse fort bis zum Exzess. Nur: Ganz ernst was das alles gar nicht gemeint. Zwar gibt es hin und wieder eine gewisse Gleichzeitigkeit von fussballerischen und politischen Ereignissen in Deutschland: Am selben Tag, als Borussia Mönchengladbach Inter Mailand im vielleicht spektakulärsten Spiel einer deutschen Klubmannschaft mit 7:1 besiegte, wurde die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt bekanntgegeben. Auch standen die deutsche Wiedervereinigung und der Gewinn der Fussball-Weltmeisterschaft 1990 in einem engen zeitlichen Zusammenhang. Und natürlich fällt der Titelgewinn von 1954 im Berner Wankdorfstadion in die Phase des deutschen Wiederaufbaus. Eine Methode allerdings, mit der ein Zusammenhang bewiesen werden könnte, ist noch nicht erfunden worden.

So bleibt die Fussball-Politik-Analogie eine ziemlich deutsche Analogie. Sie wird sehr viel ernster genommen, als sie ursprünglich gemeint war. Was sie aber tatsächlich sein könnte: ein äusserst amüsantes Gesellschaftsspiel für Sport- und Politikinteressierte. Denn wer die Dinge zusammenbringen will, dem wird dies gelingen. Auch wenn er dafür die Kneifzange braucht.